

Welchen Einfluss hat der Wohlfahrtsstaat auf die Beziehung
zwischen Sozialkapital und politischer Teilhabe?
Eine Untersuchung anhand des European Social Surveys Round 9

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial-, und Bildungswissenschaftliche Fakultät:
Institut für Sozialwissenschaften

vorgelegt von:

Kevin Okonkwo 617877

Berlin, den 5. Januar 2023

Modul: 530062 Demokratie in Zeiten von Ungleichheiten
Dozent: Prof. Dr. Hanna Schwander & Luke Shuttleworth

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Theoretischer Rahmen und Forschungsstand	5
2.1	Empirische Befunde	5
2.2	Theoretischer Hintergrund und Hypothesen	6
2.2.1	Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus	6
2.2.2	Der Einfluss des Wohlfahrtsstaats auf das Niveau des Sozialkapital	7
2.2.3	Kritik des Esping-Andersen-Modells	7
2.2.4	Das Kausalmodell	8
3	Daten, Operationalisierung und Methoden	10
3.1	Datengrundlage	10
3.2	Operationalisierung	11
3.2.1	Abhängige Variable (AV)	11
3.2.2	Unabhängige Variablen (UV)	11
3.2.3	Kontrollvariablen	12
3.3	Methoden	13
4	Ergebnisse	14
4.1	Analytischer Ansatz	14
4.2	Deskriptive Befunde	14
4.3	Regressionsergebnisse	17
5	Diskussion und Ausblick	22
	Literaturverzeichnis	24
A	Anhang	28
A.1	Indexbildung zur politischen Partizipation	28
A.2	Faktorenanalyse zum Sozialkapital	29
A.3	Modellgüte und Koeffizientenplot	30

Abstract

In dieser Arbeit wird der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Merkmale auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation untersucht. Dabei sollen drei zentrale Fragen geklärt werden: Erstens: Wie hängt das individuelle Niveau des Sozialkapitals mit dem Ausmaß an politischer Beteiligung zusammen? Zweitens: Welche Rolle spielt der wohlfahrtsstaatliche Kontext des Landes bei der Erklärung politischer Partizipation? Und schließlich: Gibt es auf individueller Ebene Zusammenhänge zwischen dem Sozialkapital und der politischen Partizipation welche durch Kontextvariablen beeinflusst werden?

Es werden Daten aus 22 Ländern verwendet, die in der neunten Runde des European Social Surveys (ESS-9, 2018/19) erhoben wurden. Auf der Mikroebene wurde, neben etwaigen Kontrollvariablen, als zentrale unabhängige Variable das individuelle Niveau des Sozialkapitals modelliert. Diese hat einen signifikanten positiven Effekt auf die politische Partizipation. Die empirischen Ergebnisse lassen jedoch nicht den Schluss zu, dass Veränderungen im wohlfahrtsstaatlichen Kontext mit Veränderungen in der Effektstärke des Sozialkapitals auf die politische Partizipation einhergehen. Eine nicht signifikante Interaktion für den Regimetyp deutet dementsprechend nicht darauf hin, dass der Effekt des Sozialkapitals in sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten stärker ist. Auch die länderspezifischen Gesamtsozialausgaben konnten nicht die Erklärungskraft des Modells mit signifikanten Effekten bereichern. Diese Ergebnisse widersprechen den in dieser Arbeit herausgearbeiteten Hypothesen. Nicht zuletzt könnte dies jedoch durch Limitationen in der Operationalisierung des Wohlfahrtsstaates erklärt werden. Theoretische Konzepte von (De-)Familiarisierung und intergenerationaler Solidarität, aber auch andere Formen von Sozialpolitiken bzgl. Ent-/Belastung von Individuen durch den Staat, könnten bei der Erforschung wohlfahrtsstaatlicher Auswirkungen genauso, wenn nicht sogar wichtiger sein und lassen aufgrund eines Mangels an Daten eine empirische Lücke im Modell entstehen.

Schlagwörter: Länderübergreifende Analyse, Mehrebenenanalyse, Wohlfahrtsstaat, Sozialkapital, politische Partizipation, European Social Survey

1 Einleitung

In Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spaltungen, sind die Konsequenzen politischer, sozialer und ökonomischer Ungleichheiten auf die Demokratie herausfordernde Themen, mit denen sich in der politiksoziologischen Forschung befasst werden musste. Einer der am besten nachgewiesenen Befunde in Deutschland ist die Entdeckung eines sozioökonomischen Gradienten in der politischen Partizipation (vgl. Schäfer et al. 2016; Kaeding et al. 2016; Schmidt 2016). Besorgniserregende empirische Studien weisen sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern eine soziale Schiefelage in der politischen Teilhabe nach, bei der insbesondere die weniger Wohlhabenden aus dem demokratischen Prozess der Entscheidungsfindung ausscheiden (vgl. Reichmann 2019; Dalton 2017; Armingeon/Schädel 2015). Während im politischen als auch im wissenschaftlichen Diskurs die Bedeutung gesamtgesellschaftlicher politischer Partizipation betont wird, ist zeitgleich der Rückgang des politischen Engagements der Bürger*innen einer der meistdiskutierten Phänomene in der gegenwärtigen politikwissenschaftlichen Forschung.

Die bisherige wissenschaftliche Diskussion hat jedoch seit kürzerem im Hinblick auf die Untersuchung der Ursachen erkennen können, dass die Partizipationsforschung nicht nur im Kontext der ökonomischen Ungleichheiten stattfinden darf. Empirische Studien, die sich im deutschen Kontext explizit auf nicht-materielle Konzepte beziehen, sind zwar rar, konnten jedoch insbesondere im Zusammenhang mit Migration die Bedeutung des Sozialkapitals für politisch-aktive Teilnahme in der Gesellschaft hervorheben (vgl. Morales/Giugni 2001; Zakikhany 2014). Auch im internationalen Kontext fanden schon zahlreiche Studien statt, die sich mit der Korrelation zwischen Sozialkapital und politischer Teilhabe beschäftigt haben und mehrfach bestätigen konnten, dass das Ausmaß der politischen Integration nicht nur auf individuelle Merkmale zurückzuführen ist, sondern auch durch strukturelle Faktoren der sozialen Beziehungen und Interaktionen bestimmt wird (vgl. Shahin 2016; Lütters 2022; Sarker/Islam 2017).

Abseits der Diskussion über das Verhältnis zwischen politischer Partizipation und Sozialkapital scheinen einzelne Autoren anmerken zu wollen, dass bei der Untersuchung von Sozialkapital notwendig sein könnte, Charakteristika des Wohlfahrtsstaats einzubeziehen. Auch in dieser Debatte gibt es zwei gegensätzliche Ansichten über die Beziehung zwischen dem Sozialkapital und dem Wohlfahrtsstaat. So argumentieren Autoren wie beispielweise Torpe (2003), dass universale Wohlfahrtsstaaten wie Dänemark die Bildung von Sozialkapital erleichtert, „[...] because ‘they incite people to see themselves as members of a broader national community, and not simply worry about their own family and neighbours’ (quote from Hulgård 2001)“. Untersuchungen, die diese empirischen Befunde unterstützen konnten, gab es u.a. auch von Arts/van Oorschot (2005), die in ihrer Arbeit keine Evidenz für die „crowding-out“-Hypothese der oppositären Seite der Debatte finden können. So gibt es einige Autoren (Scheepers et al. 2002) die betonen, dass Menschen in universellen Wohlfahrtsstaaten die geringste Anzahl an sozialen Kontakten haben, wohingegen Menschen, die in den lateinischen Ländern leben, die größte Anzahl an sozialen Kontakten haben. Dazwischen, liegen Menschen, die in liberalen bzw. konservativ-korporatistischen

Regimen leben. In den nordischen Ländern würden demnach die Bürger*innen, aufgrund einer hohen Sozialversicherung und höheren Sozialhilfeleistungen, eine verstärkte Individualisierung erleben, wodurch sie sich mehr von sozialen Kontakten lossagen.

In der vorliegenden Arbeit sollen diese gegensätzlichen Annahmen empirisch überprüft werden, da dies für die Beziehung zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation von Bedeutung sein könnte. Durch die folgende empirische Analyse soll demnach die Frage beantwortet werden, ob der Effekt des Sozialkapitals auf die politische Partizipation je nach wohlfahrtsstaatlichem Anspruchsniveau schwächer oder stärker ausgeprägt ist. Die Arbeit ergänzt die bestehende Literatur, indem sie sich explizit auf die empirische Analyse der Ungleichheit von Sozialkapital und dessen Wirkung auf die politische Partizipation konzentriert und dieses Thema mit Merkmalen des Wohlfahrtsstaates in Form einer länderübergreifenden Perspektive in Beziehung setzt. Die Analyse der Hypothesen soll im europäischen Kontext anhand eines umfassenden Datensatzes, die neunte Runde des European Social Survey (ESS) 2018/2019, durchgeführt und durch Daten des Eurostat Datensatzes „European System of integrated Social PROtection Statistics“ (ESSPROS) ergänzt werden.

Die vorliegende Arbeit ist in vier wesentliche Bereiche aufgeteilt: Zuerst wird der empirische Forschungsstand rekapituliert und wesentliche, hier relevante Ergebnisse geschildert. Aus den gewonnenen Erkenntnissen und unter Hinzunahme theoretischer Literatur wird anschließend ein die Arbeit leitender theoretischer Rahmen erarbeitet, in dem der Einfluss des Wohlfahrtstaates beleuchtet wird. Anschließend werden die Daten, die Messung der Variablen und der empirische Ansatz beschrieben. In der empirischen Analyse werden zunächst die in der Arbeit abgeleiteten Hypothesen getestet und zum Schluss wird die Arbeit in einer kurzen Diskussion reflektiert.

2 Theoretischer Rahmen und Forschungsstand

2.1 Empirische Befunde

Im folgenden Abschnitt soll nun ein basaler Überblick über die bestehende Literatur zum Zusammenhang zwischen dem Sozialkapital und der politischen Partizipation präsentiert werden. Während — bis auf einzelne Ausnahmen (vgl. Zakikhany 2014; Lütters 2022) — für den deutschen Kontext ausführliche empirische Untersuchungen ausblieben, die sich konkret mit der Korrelation zwischen Sozialkapital und der politischen Teilhabe befassen, wurden diesbezüglich im internationalen Rahmen zahlreiche empirische Studien durchgeführt. So hat beispielsweise (Shahin 2016) eine Querschnittsanalyse durchgeführt, bei der insgesamt 200 ehemalige Mitarbeiter*innen des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen und des Zolls der Islamischen Republik Iran aus dem Jahr 1394 einen aus 19 Items zu politischer Partizipation und Sozialkapital bestehenden Fragebogen, beantworten mussten. Die Ergebnisse zeigten, dass alle drei gemessenen Dimensionen des Sozialkapitals — (1) Vertrauen in soziale Beziehungen, (2) Teilhabe an sozialen Aktivitäten und (3) soziale Zugehörigkeit bzw. Ko-Abhängigkeit — signifikant positive Effekte auf die Wahrscheinlichkeit haben, an Wahlen und Protestaktivitäten teilzunehmen, Kontakte mit Politikern aufzunehmen und Mitglied in einer politischen Gruppe zu sein (Shahin 2016: S. 139ff.). Außerdem zeigten die Ergebnisse ebenfalls, dass die drei Dimensionen des Sozialkapitals zusammen insgesamt 35,5 Prozent der Varianz der abhängigen Variable ausmachten. Diese Befunde veranlassten Shahin zur Annahme, dass das Vorhandensein von Sozialkapital in einer effizienten Gesellschaft dazu führt, dass die Bürger soziale Verantwortung für sich selbst wahrnehmen und ihre Forderungen stellen, um angesichts wohlwollender Kritik Fortschritte zu erzielen und politisch mitzuwirken. Aus diesem Grund ist laut Shahin Sozialkapital auch „[...] one of the most important and influential factors in planning and enriching the social culture, political and social institutions and organizations that promotes and strengths trade and professional partnership between individuals and institutions, thereby it helps participation in various fields, including politics“ (Shahin 2016: S. 141).

Eine weitere Arbeit, die ihren Schwerpunkt auf die Rolle des Sozialkapitals bei der Gestaltung der politischen Beteiligung gelegt hat, ist „Community Size, Social Capital, and Political Participation in Latin America“ (Carreras/Bowler 2018). Die Autoren zeigen in ihrer empirischen Untersuchung, dass (1) ein höheres Niveau des Sozialkapitals konventionellere Formen der politischen Beteiligung wie die Stimmabgabe und die Kontaktaufnahme mit gewählten Politikern fördert, dass (2) dies jedoch durch die jeweilige Größe der Gemeinden stärker bzw. schwächer ausfallen kann und, dass (3) Sozialkapital nicht nur Auswirkungen auf das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit der politischen Beteiligung hat, sondern auch auf die Form der politischen Beteiligung, die praktiziert wird.

Vergleicht man die nun kurz vorgestellten empirischen Untersuchungen mit vielen weiteren (vgl. Wilhelmsson 2015; Sarker/Islam 2017; Back/Kestila-Kekkonen 2013), erkennt man eine sich

überschneidende Kernaussage in der Literatur: Sozialkapital korreliert positiv mit politischer Partizipation und durch diese Feststellung ergibt sich ein anderes Verständnis von politischer Teilhabe. Politische Partizipation lässt sich nicht nur aus einer individuellen Perspektive betrachten, sondern muss im Kontext der sozialen Dimension mitgedacht werden. Es lässt sich somit sagen, dass die Wahl eines Individuums aus der Vielfalt an möglichen Partizipationsformen gruppen- und kontextabhängig ist. Anders ausgedrückt: „Social capital makes some types of participation over and above voting more likely to be chosen than others“ (Carreras/Bowler 2018: S. 741).

2.2 Theoretischer Hintergrund und Hypothesen

2.2.1 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus

Über die letzten Jahrzehnte hat sich die Wohlfahrtsforschung stark mit den Aufgaben, Funktionen und Wirkungsweisen von Wohlfahrtsstaaten befasst und mehrfach bestätigen können, dass der moderne Sozialstaat in der Wechselwirkung zwischen Politik und Gesellschaft eine besondere Rolle einnimmt. Aus diesem Grund bietet sich als Überleitung in den Zusammenhang zwischen dem Wohlfahrtsstaat und dem Sozialkapital eine kurze Einführung in die bisherige Wohlfahrtsforschung an. So ist diese eng mit dem Autor Gøsta Esping-Andersen und seinem einflussreichen Werk „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ Esping-Andersen (1990) verbunden, in der eine vergleichende Perspektive auf Wohlfahrtsstaaten als institutionalisierte Prinzipien von Wohlfahrtsproduktion und um länderspezifische Muster von Sozialpolitiken präsentiert. Das Konzept des „Welfare regimes“ wurde durch Esping-Andersen eingeführt und steht sozusagen über dem Wohlfahrtsstaat, weswegen in einem Regimetyp mehrere Länder und Wohlfahrtsstaaten eingeordnet werden können. Die drei klassischen Typen des Wohlfahrtsstaates sind der sozialdemokratische Typ, welcher insbesondere durch die nordischen Länder repräsentiert wird, der konservativ-korporatistische Typ, der stark in kontinentaleuropäischen Ländern verankert ist, und zuletzt der liberale Typ, welcher in anglo-sächsischen Ländern wiederzufinden ist (vgl. Esping-Andersen 1990). Diese Typenbildungen basieren nach Esping-Andersen auf drei Dimensionen: (1) dem Wohlfahrtsmix aus Staat, Markt und Familie, (2) das Ausmaß der Dekommodifizierung durch den Wohlfahrtsstaat und (3) die Art der Stratifizierung, die durch den Wohlfahrtsstaat produziert wird. Wenn man diese Dimensionen spezifisch auf die drei klassischen Regimetypen von Esping-Andersen anwendet, lässt sich festhalten, dass der liberale Wohlfahrtsstaatstyp prinzipiell über Marktmechanismen funktioniert und, dass die Dekommodifizierung durch den Wohlfahrtsstaat gering ausfällt, weil es eine moderate universale Bereitstellung von Leistungen nur geringe Sozialversicherungsmaßnahmen gibt. Ebenso ist im liberalen Wohlfahrtsstaat die Stratifizierung stark ausgeprägt, weil nur über Bedarfsprüfungen Leistungen zugeteilt werden, die üblicherweise auf Niedriglohn-Haushalte zugeschnitten sind. Etwas anders sieht es im konservativ-korporatistischen Regimetyp aus, wo vor allen Dingen private und Familienleistungen für die Wohlfahrt verantwortlich sind. Die Dekommodifizierung ist in diesem Typus moderat ausgeprägt, da hier grundsätzlich das Prinzip der Subsidiarität vorherrscht. Der Staat springt erst dann ein, wenn private und Familienversorgungen nicht mehr

greifen. Auch im konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat ist die Stratifizierung hoch, da soziale Bereitstellungen stark über berufliche Logiken und Statusgruppen reguliert sind. Im sozialdemokratischen Modell ist der Staat in der Sicherung sozialer Wohlfahrt am sichtbarsten. Hier ist auch die Dekommodifizierung hoch, weil es hier generöse Sozialversicherungssysteme gibt, die einerseits nicht beitragspflichtig sind und andererseits universell an alle Bürger*innen ausgezahlt werden. Außerdem sind in diesem Wohlfahrtsstaatstyp die Umverteilungsmechanismen stark ausgeprägt (vgl. Manow 2019).

2.2.2 Der Einfluss des Wohlfahrtsstaats auf das Niveau des Sozialkapital

Schnell erkennt man, dass es große Unterschiede zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Systemen in Bezug auf das Ausmaß gibt, in dem Menschen von Familie, Freunden und Bekannten abhängig sind oder sich auf staatliche Regelungen verlassen müssen. So argumentieren einige Autoren, dass die Merkmale universeller Wohlfahrtsstaaten positive Auswirkungen auf informelle soziale Beziehungen haben. Wohlfahrtsstaaten des sozialdemokratischen Modells können den Menschen die freie Zeit und die finanziellen Ressourcen bieten, die sie benötigen, um ihre informellen sozialen Bindungen aktiv zu entwickeln. Darüber hinaus könnten Sozialschutzsysteme und Wohlfahrtsdienste die Menschen von der relationalen Belastung befreien, die für einige Arten von sozialen Beziehungen charakteristisch sein kann. Dementsprechend haben einige empirische Studien auch ergeben, dass soziale Netzwerke und soziale Unterstützung in sozialdemokratischen Ländern ein hohes Niveau aufweisen (vgl. Arts/van Oorschot 2005; Torpe 2003; Pichler/Wallace 2007).

Diese Ergebnisse und theoretischen Argumente sind Anlass genug, eine empirische Untersuchung über die Auswirkungen des Wohlfahrtstaats auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation durchzuführen. Infolgedessen soll Klarheit verschafft werden, inwiefern sich die Merkmale des Wohlfahrtstaates in dem genannten Verhältnis durchsetzen.

2.2.3 Kritik des Esping-Andersen-Modells

Auch wenn die ursprüngliche Typologie von Esping-Andersen sich in der heutigen Wohlfahrtsforschung als unbestreitbar einflussreich manifestiert hat, ließen sich dennoch einzelne Aspekte daran kritisieren. So ist eine Kritik, dass die vergleichende Analyse von Esping-Andersen nur auf wenige wohlhabende Demokratien nach dem zweiten Weltkrieg basiert, wodurch andere Weltregionen mit ihren spezifischen Wohlfahrtsstaatstypen ausgeblendet wurden. Bezüglich der Begrenztheit der Klassifizierungen der Regimetypen wurde deswegen in der Forschung das Modell um weitere Regimetypen ergänzt, um zusätzliche Typen von Wohlfahrtsstaaten zu berücksichtigen. Einer dieser Typen, welcher auch schon in der empirischen Studie von Scheepers et al. (2002) vorkommt, ist der südeuropäische oder mediterrane Typ, auch bekannt als „Latin rim“, welcher sogar noch mehr Co-Abhängigkeit innerhalb von Familien und Freundes- bzw. Bekanntenkreisen schaffen kann. In dieser Art von Regime gibt es kein offizielles Niveau der sozialen Sicherheit, sondern ein

unterentwickeltes System der sozialen Sicherheit, das mit einem hohen Maß an Familialismus einhergeht (vgl. Hook 2015; Leibfried 2002; Ferrera 1996). Daraus lässt sich ableiten, dass das Leben in einem solchen Regime die Menschen in den meisten, wenn nicht sogar in allen Fällen, dazu zwingt, sich auf die Familie und möglicherweise auf Freunde zu verlassen.

Ein weiterer Regimetyp, der zwar in der Forschung des Öfteren vorgeschlagen wird, jedoch in den empirischen Analysen bisher bis auf einzelne Ausnahmen kaum berücksichtigt wurde, ist der postkommunistische Regimetyp der zentral- und kontinentaleuropäischen Länder. Dieser wird des Weiteren in weitere Typen unterschieden, bspw. baltischen Regimetyp und dem weiter südlichen sich noch entwickelnden Regimetyp. Grundsätzlich haben aber alle post-kommunistischen Regimetypen gemeinsam, dass die Systeme der sozialen Sicherheit in den baltischen Ländern im Zusammenhang mit den Hauptkriterien zur Unterscheidung der Regimetypen von Esping-Andersen diskutiert, könnte man argumentieren, dass die Arbeitskräfte in den baltischen Staaten ziemlich kommodifiziert sind. Auch wenn alle wichtigen Programme, die für die soziale Sicherung der Bürger*innen sorgen sollen, existieren und universell sind, ist das Sozialleistungsniveau relativ gering (vgl. Deacon 2002; Aidukaite 2004; Fenger 2007). Das führt wiederum dazu, dass Bürger*innen sich mehr auf den Markt und die persönlichen Beziehungen statt dem Staat verlassen müssen.

Der vollständigkeitshalber sollen in der folgenden empirischen Analyse die vorgeschlagenen Regimetyp-Erweiterungen berücksichtigt werden, um die grundlegende Beschränkung der Forschungsperspektive auf die drei klassischen Regimetypen nicht zu reproduzieren und um Aussagen über mehrere Länder und deren Wohlfahrtsstaaten treffen zu können.

2.2.4 Das Kausalmodell

Insgesamt könnte der Wohlfahrtsstaat die Auswirkungen des Sozialkapitals auf die politische Partizipation moderieren, indem sie Individuen entweder dazu zwingen sich in eine Co-Abhängigkeit mit ihren Familien und Freunden zu begeben, da der Staat für den Bedarf und die Wohlfahrt nicht die entsprechend notwendigen Mittel und Leistungen bereitstellt, oder indem sie die Individualisierung fördern und Bürger*innen sowohl finanziell als auch in Form von öffentlichen Dienstleistungen entlasten. In diesem Sinne werden Bürger*innen von Situationen befreit, in der ihre soziale Sicherheit in einer sozialen Krise unmittelbar mit dem Arbeitsmarkt gekoppelt ist. Dementsprechend könnte die Großzügigkeit des Wohlfahrtsstaats mit einer postmaterialistischen Form des bürgerlichen Lebens stehen, da bei grundlegender Sicherung eines bestimmten materiellen Standards Individuen sich stärker in gemeinschafts- und demokratieorientierten Vereinigungen einbringen.

Auf Grundlage der oben dargelegten Argumente und der empirischen Befunde der systematischen Literaturrecherche lauten die zentralen Hypothesen dieser Arbeit folgendermaßen:

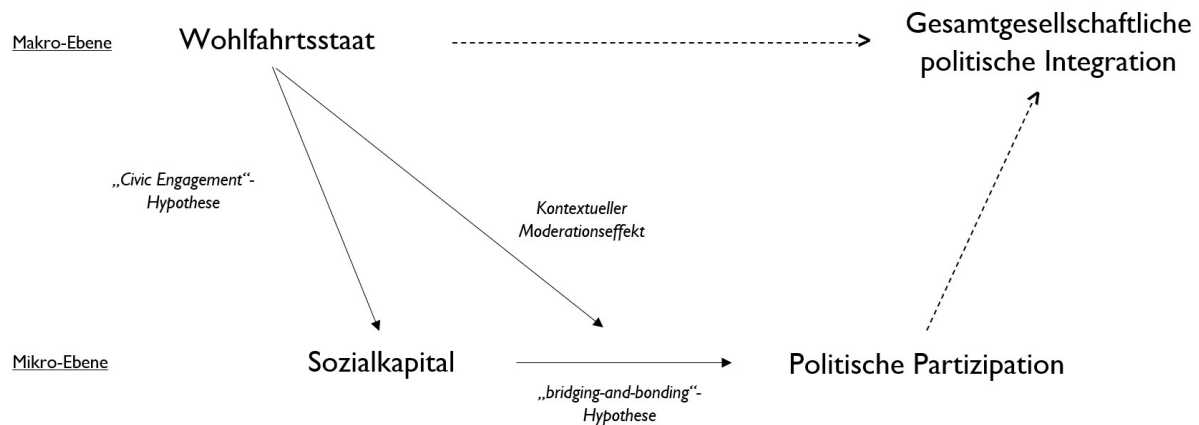


Abbildung 2.1: Das Kausalmodell

H₁: Personen, die ein hohes Niveau an Sozialkapital haben, partizipieren sich eher politisch.

H₂: Unter sonst gleichen Bedingungen ist das Niveau des Sozialkapitals höher, je höher das wohlfahrtsstaatliche Anspruchsniveau eines Landes ist.

H₃: Der Effekt des Sozialkapitals auf die politische Partizipation fällt bei sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten stärker aus als bei anderen Regimetypen.

Abbildung 2.1 veranschaulicht das aus den Hypothesen abgeleitete Kausalmodell. Ausgehend von Colemans klassischem Modell der Makro-Mikro-Makro-Beziehung (Coleman 1991) und in der Tradition des methodisch-logischen Individualismus (vgl. Merton 1968) wird in der vorliegenden Arbeit vorgeschlagen, dass Makro-Beziehungen durch ihre Mikro-Fundamente erklärt werden: (1) Sozialkapital erhöht die politische Partizipation auf individueller Ebene, während (2) ein universaler Wohlfahrtsstaat das Niveau des Sozialkapitals verstärkt, was wiederum zu einer höheren politischen Partizipation führt (Mehrebenen-Mediation). Nicht zuletzt (3) erhöht ein hohes wohlfahrtsstaatliches Anspruchsniveau die Wirkung des Sozialkapitals auf die politische Partizipation (kontextuelle Moderation). Diese Zusammenhänge sollen im europäischen Kontext überprüft werden.

3 Daten, Operationalisierung und Methoden

3.1 Datengrundlage

Im Rahmen der empirischen Untersuchung soll für die Datengrundlage der European Social Survey (ESS) der neunten Runde (2018/2019) herangezogen werden. Der ESS ist eine akademisch geleitete länderübergreifende Umfrage, die in der neunten Runde 49519 in Privathaushalten lebenden Personen ab 15 Jahren, unabhängig von ihrer Nationalität, Staatsbürgerschaft, Sprache oder Rechtsstellung aus 30 Ländern umfasst. Durch eine solche hohe Fallzahl aus unterschiedlichen Ländern ist einerseits die Wahrscheinlichkeit geringer, dass empirische Analysen durch eine mangelnde Samplegröße verzerrt werden und andererseits ist auch die Untersuchung länderspezifischer Merkmale möglich. Dadurch, dass die Daten mittels computergestützter persönlicher Befragung (CAPI) erhoben worden sind, muss des Weiteren nicht mit allzu hohen Abweichungen von der einfachen Zufallsauswahl gerechnet werden. Trotzdem muss entschieden werden, ob eine Gewichtung der Regressionsmodelle nicht notwendig ist – wie auch in der vorliegenden Analyse angenommen – oder doch die Regressionsmodelle gewichtet werden sollen¹.

Island, Montenegro, Norwegen, Serbien und die Schweiz werden von vornherein ausgeschlossen, da sie nicht Teil der europäischen Union sind. So wird angenommen, dass den EU-Staaten eine gemeinsame politische Kultur und eine Wertebasis zugrunde liegen, die sie von den anderen Nationen abgrenzen und somit die Ergebnisse verfälschen können, wenn Nicht-EU-Staaten einbezogen werden (vgl. Kühn 2016). Diese Annahme basiert auf dem Verständnis der Europäischen Union als Wertegemeinschaft, wie im Vertrag von Lissabon in Artikel 2 und 3 festgeschrieben ist. Nicht zuletzt werden aus der Analyse ebenfalls Zypern und Slowenien ausgeschlossen, da für sie keine vergleichbaren Daten zur Eingliederung in die Wohlfahrtsstaatstypologie vorliegen (vgl. Fenger 2007; Kuitto 2016). Letztendlich umfasste die empirische Analyse 13.873 in Privathaushalten lebende Personen in 22 europäischen Ländern, für die Informationen zu allen Variablen verfügbar waren.

¹Hinter dieser Entscheidung stehen methodische Gründe: Stichprobengewichte werden in Mehrebenenanalysen anders behandelt als in Standardmodellen wie der OLS-Regression. In einer MEA sind die Gewichte auf Beobachtungsebene kein Indikator für die Gesamteinbeziehung. Stattdessen zeigen sie die Einbeziehung unter der Bedingung an, dass der entsprechende Cluster auf der nächsthöheren Ebene der Stichprobenziehung einbezogen wird. Selbst wenn Stichprobengewichte auf allen Modellebenen angewandt wurden, kann die Skala der Stichprobengewichte auf niedrigeren Ebenen Ihre geschätzten Parameter in einem mehrstufigen Modell beeinflussen. Aus diesem Grund sollten bei einer MEA Gewichtungsvariablen immer mit großer Sorgfalt eingesetzt werden, da sie die Ergebnisse verzerren können. Da die inferenzstatistischen Analysen in dieser Arbeit nur geringe Unterschiede aufzeigten, wenn Designgewichte verwendet wurden, wird auf eine Designgewichtung verzichtet.

3.2 Operationalisierung

3.2.1 Abhängige Variable (AV)

Die abhängige Variable der folgenden empirischen Analyse ist die politische Partizipation. Diese wurde anhand einer Itembatterie aus 9 Fragen, die sowohl institutionelle als auch nicht-institutionelle Formen der politischen Teilhabe behandeln, operationalisiert. Die Befragten sollten dabei angeben, welche dieser Partizipationsformen von ihnen wahrgenommen und praktiziert wird. Die Messung der gesamten politischen Partizipation eines Individuums geschieht im Anschluss durch eine gewichtete Aggregation zu einem Index, bei dem der Wert 1 für die Antwort „Ja“ und 0 für die Antwort „Nein“ zugewiesen. Der Indexwert reicht von 0 bis 10.5 und beinhaltet somit das niedrigste bis höchste Niveau der politischen Beteiligung. Wenn Befragte alle 9 Fragen mit „Ja“ beantworten, beträgt der Indexwert 11.5, was bedeutet, dass diese Personen die höchste politische Partizipation aufweisen. Wenn jedoch alle 9 Fragen mit „Nein“ beantwortet werden, beträgt der Indexwert für die politische Beteiligung 0, was bedeutet, dass die geringste politische Beteiligung vorliegt. Bei einer Punktzahl zwischen 0 und 4.5 wird von einer geringen politischen Beteiligung hat, zwischen 4.6 und 8 von einer moderaten politischen Beteiligung und bei einer Punktzahl zwischen 8.1 und 11.5 von einer hohen politischen Beteiligung ausgegangen. Der Index kann in späteren Analysen anschließend als metrische Variable behandelt werden.

3.2.2 Unabhängige Variablen (UV)

Sozialkapital

Für die Messung des Sozialkapitals wird in der folgenden Analyse die Methodik von Arts/van Oorschot (2005) angewandt, bei der zwischen drei Hauptdimensionen des Sozialkapitals unterschieden wird: (1) *Soziale Netzwerke*, (2) *Soziales Vertrauen* und (3) *Soziale Normen*.

Der ESS-9 enthält jeweils eine Itembatterie zu sozialem Vertrauen, sozialer Exklusion und menschlichen Wertvorstellungen, welche für die Messung der Dimensionen genutzt werden können (Fragen A4-A6, C2-C4 und Bereich H). Dabei wurden die Befragten gebeten, ihr zwischenmenschliches Vertrauen, ihre informellen sozialen Kontakten aus Familie, Freunde und Bekannte und Normen bzgl. gemeinsamer Werte und Gewohnheiten der zwischenmenschlichen Zusammenarbeit zu beurteilen. Die Antworten wurden auf Likert-Skalen erfasst wobei für jedes Item spezifische Wertebereiche vorgesehen waren. Eine exploratorische Faktorenanalyse hat gezeigt, welche Indikatoren die theoretisch erarbeiteten Dimensionen des Sozialkapitals adäquat abbilden. Die Indikatoren, welche sich durch das Faktorenmodell zur Messung des Sozialkapitals als reliabel erweisen haben, sind im Anhang (A.2) aufgeführt. Auf Grundlage dieser Items wird ein gewichteter Summenindex erstellt, welcher von 7 bis 71 reicht, wobei höhere Werte ein höheres Maß an Sozialkapital anzeigen.

Merkmale des Wohlfahrtsstaats

In der folgenden empirischen Analyse werden zur Messung des wohlfahrtstaatlichen Anspruchsniveaus sowohl der Regimetyp als auch die Gesamtausgaben für die Sozialhilfe der Länder als Indikatoren herangezogen. Bezüglich der Wohlfahrtsstaatsregimetyphen wird eine erweiterte Typologie nach Esping-Andersen verwendet, bei der neben den klassischen Regimetyphen auch der südeuropäische/mediterrane und der postkommunistische Typ inkludiert werden (vgl. Ferrera 1996; Arts/Gelissen 2002; Fenger 2007): der *liberale Regimetyp* (: Großbritannien und Irland), *sozialdemokratische Regimetyp* (: Schweden, Finnland und Dänemark), *konservativ-korporatistische Regimetyp* (: Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien und die Niederlande), *südeuropäische/-mediterrane Regimetyp* (: Spanien, Italien und Portugal) und *postkommunistische Regimetyp* (: Polen, Tschechien, Kroatien, Bulgarien, Slowakei, Ungarn Estland, Lettland und Litauen). Die Wohlfahrtsausgaben werden anhand der 2018-2019 durchschnittlichen gesamten Sozialausgaben eines Landes pro Einwohner in Euro gemessen. Die Sozialausgaben beinhalten sowohl Altersleistungen, Leistungen für behinderte, kranke, berufsunfähige und arbeitslose Menschen, als auch aktive Arbeitsmarktprogramme und Leistungen des Gesundheitswesens. Die Daten für die europäischen Länder (Stand: 2018/19) stammen aus dem Eurostat Datensatz „European System of integrated Social PROtection Statistics“ (ESSPROS). So ermöglicht der Datensatz, die in der Theorie dargestellten Mechanismen auch auf das Niveau der Sozialausgaben eines Landes zu beziehen und nicht nur auf den Regimetyp. Dadurch soll ebenfalls erkenntlich werden, ob die Auswirkungen des Wohlfahrtsstaats eher von der Höhe der Ausgaben abhängen oder vom Regimetyp allein.

Nähere Informationen zur Konstruktion der Indizes und der Auswahl der Items finden sich im Anhang unter A.1.

3.2.3 Kontrollvariablen

Um die Gültigkeit der aufgestellten Hypothesen zu bestätigen, muss jede Hypothese auch dann gelten, wenn andere Variablen, die den modellierten Zusammenhang beeinflussen, in der Analyse berücksichtigt werden. Soziodemografische Merkmale bilden in der Regel die Grundlage für die Erklärung von Unterschieden im politischen Verhalten (vgl. Schäfer et al. 2016; Kaeding et al. 2016; Schmidt 2016). Auf der individuellen Ebene haben bspw. viele Studien gezeigt, dass die soziodemografischen Merkmale der Bürger*innen wichtige Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten sind. Unterschiede in der politischen Partizipation wurden u. a. durch Unterschiede im Einkommen, Alter, Geschlecht, Bildungs- und Familienstand erklärt (vgl. Verba 1972; Milbrath/Goel 1977; Van der Eijk et al. 2000). Aus diesen Gründen werden Geschlecht, Alter, Familienstand, Haushaltseinkommen und Bildungsstand als Kontrollvariablen für die Analyse gewählt. Des Weiteren sollen Haushaltsgröße und Wohnungsort in den empirischen Modellen berücksichtigt werden, da sie ebenfalls mit dem Sozialkapital zusammenhängen können. Menschen in einem großen Haushalt könnten mehr Möglichkeiten haben, soziale Netzwerke aufzubauen und aufrechtzuerhalten, kleine Gemeinden könnten ebenso mehr Sozialkapital hervorbringen, während

Großstädte Sozialkapital durch Anonymisierung und Individualisierung eher „zerstören“. Nähere Informationen zu allen weiteren Kontrollvariablen (sowohl auf Makro- als auch auf Mikroebene) lassen sich aus der Operationalisierungstabelle im Anhang entnehmen (A.3).

3.3 Methoden

Der methodische Ansatz, welcher in dieser Arbeit verwendet wird, ist die Mehrebenenanalyse (MEA), die erlaubt, Mikro- und Makrozusammenhänge in einem Schritt zu untersuchen. Hierbei wird angenommen, dass das Gesamtsample und somit auch die einzelnen Mikroeinheiten aus einer größeren Population stammen und dass daher auch die Kontextmerkmale statistischen Schwankungen und Fehlern unterliegen. Inhaltlich wird somit angenommen, dass es einen allgemeinen Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation auf der Individualebene gibt, der jedoch im Kontext der makrostrukturellen Ebene der einzelnen Länder beeinflusst wird. Bei der MEA ist die abhängige Variable der Mikroebene (allgemeiner: Level-1-Ebene) zugeordnet. Dies stellt eine Gemeinsamkeit mit der Individualdatenanalyse dar. Allerdings können die unabhängigen Variablen bei einer Mehrebenenanalyse der Mikro- und der Makroebene (allgemeiner: Level-2-Ebene) zugeordnet werden. Generell lassen sich beliebig viele Ebenen im Rahmen einer MEA modellieren, sofern eine klare hierarchische Struktur gegeben ist. Im Folgenden wird sich jedoch auf den einfachsten Fall einer Zwei-Ebenen-Analyse konzentriert, mit dem Ziel, den konfundierenden und moderierenden Einfluss des Wohlfahrtsstaats aus der Makroebene auf das Verhältnis zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation auf der Mikroebene zu überprüfen. Mit einem Intraklassenkorrelationskoeffizienten von 0.1034 und einem höchst signifikanten Devianztest von 0.0000 lässt sich ebenfalls festmachen, dass die Modellierung der Zusammenhänge mittels einer MEA notwendig und statistisch angemessener gegenüber der einfachen linearen Regression ist.

Für die empirische Analyse wurde eine 2-1-1 MEA angewandt, bei der die unabhängigen Makrovariablen, Regimetyp und Sozialausgaben, auf der Level-2-Ebene und Sozialkapital und politische Partizipation auf der Level-1-Ebene angesiedelt sind. Die Schätzung erfolgt mittels der „Restricted-Maximum-Likelihood“-Methode, welche im Gegensatz zur standardmäßigen Methode – „Maximum-Likelihood“ – die Freiheitsgrade berücksichtigt, die für die Schätzung fester Effekte bei der Schätzung von Varianzkomponenten verwendet werden (vgl. Wenzelburger et al. 2014; Bickel 2007). Insbesondere bei vergleichsweise wenigen Level-2-Einheiten liefert sie geringer verzerrte Varianzschätzer als die Maximum-Likelihood-Methode.

4 Ergebnisse

4.1 Analytischer Ansatz

Bei der Mehrebenenanalyse können zwischen zwei unterschiedlichen Modellierungen unterschieden werden: das Random-Intercept-Modell und das Random-Slope-Modell. Beim Random-Intercept-Modell unterscheiden sich die Effekte der Level-1-Variablen nur in ihrem Niveau (Intercept), jedoch nicht in ihrer Steigung (Slope). Anhand eines signifikanten (LR-Test) Likelihood-Ratio-Tests lässt sich jedoch erkennen, dass in diesem Fall die Modellierung des Level-1-Effekts des Sozialkapitals mit Random-Slopes statistisch notwendig und angemessen ist. Auf dieser Grundlage werden in folgender Analyse, bis auf die Variable des Sozialkapitals, Modelle mit festen Level-1-Effekten geschätzt. Auch bei den anderen Kontrollvariablen auf der Level-1-Ebene ließe sich ein LR-Test durchführen, um zu überprüfen, ob bei diesen Effekten auch Random-Slopes angemessener sind. Da in dieser Arbeit jedoch nicht von zentraler Bedeutung ist, inwiefern soziodemographische und -ökonomische Merkmale auf der Mikroebene den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politische Partizipation erklären, soll aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Einfachheit des Modells nur mit dem Sozialkapital eine Random-Slope-Variable verwendet werden¹.

Die Analyse beginnt mit der Untersuchung des direkten Einflusses des Sozialkapitals auf die politische Partizipation anhand eines Random-Slope-Modells (H1). Wie erwartet, erhöht ein hohes Niveau an Sozialkapital die politische Partizipation. Anschließend wird der Effekt des Sozialkapitals anhand standarddemographischer Merkmale kontrolliert. In einem zweiten Schritt werden dann ohne Kontrollvariablen auf der Level-1- und Level-2-Ebene die direkten wohlfahrtsstaatlichen Kontexteffekte der Länder adäquat modelliert, um die „Civic Engagement“-Hypothese (H2) zu überprüfen. Hinterher werden die Effekte des Sozialkapitals und der wohlfahrtsstaatlichen Charakteristiken erneut mit Berücksichtigung der jeweiligen Kontrollvariablen auf der Mikro- und Makroebene modelliert. Zum Schluss wird im Random-Slope-Modell eine Cross-Level-Interaktion modelliert, um den moderierenden Effekt der wohlfahrtsstaatlichen Merkmale auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation zu überprüfen (H3).

4.2 Deskriptive Befunde

Ziel dieser Analyse ist es den konfundierenden und moderierenden Effekt wohlfahrtsstaatlicher Merkmale der Länder auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politische Partizipation

¹Zusätzlich muss jedoch auch bei der Modellierung eines Random-Slope-Modells angegeben werden, in welchem Verhältnis die Höhe der Intercepts und die Steigung der einzelnen UVs zueinanderstehen. Da in dieser Arbeit keine Annahmen darüber gemacht werden, ob Kovarianzen zwischen den UVs bestehen, wird für die folgenden Random-Slope-Modelle die Option `covariance(unstructured)` herangezogen. Diese besagt nämlich, dass sich im Modell sämtliche Varianzen und Kovarianzen voneinander unterscheiden können. Es ist somit auch die flexibelste Option für ein Random-Slope-Modell.

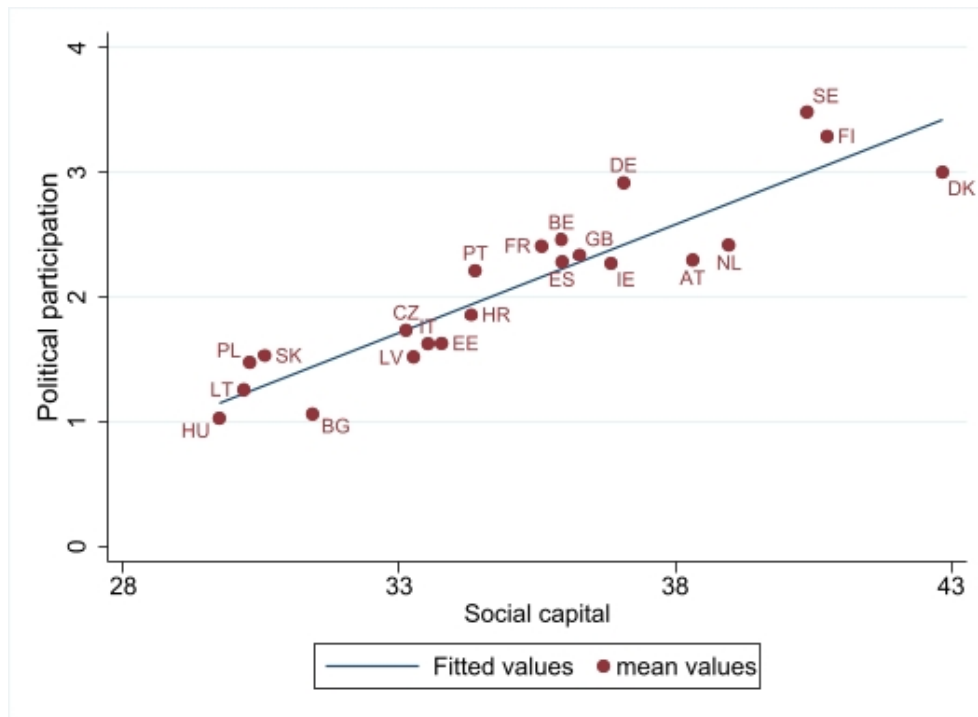


Abbildung 4.1: Korrelation zwischen politischer Partizipation und Sozialkapital auf Länderebene

zu untersuchen. Im folgenden Abschnitt sollen entsprechend zunächst einige deskriptive Ergebnisse näher in den Fokus gerückt werden. Die gesamte Stichprobe der Analyse beinhaltet eine Anzahl von Beobachtungen von $N = 13873$; die Anzahl der Cluster ist $n = 22$; und pro Land gibt es durchschnittlich 630.591 Beobachtungen (T-bar im Output) im Datensatz.

In Entsprechung zu dem bisherigen Forschungsstand lässt sich anhand deskriptiver Ergebnisse eine höchst signifikante und positive bivariate Korrelation von 0.9178 ($p < 0.05$) zwischen der politischen Partizipation und dem Niveau des Sozialkapitals erkennen. Somit ist auf Länderebene die politische Partizipation im Durchschnitt umso höher, je höher das Niveau des Sozialkapitals ist (Abbildung 4.1). Zudem weist eine signifikante und positive Pearson-Korrelation von 0.8984 auf einen positiven Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und dem Niveau des Sozialkapitals auf Länderebene hin, was impliziert, dass höhere Sozialausgaben mit höherem Sozialkapital verbunden ist. Veranschaulichen lässt sich dieser Zusammenhang auch räumlich in Abbildung 4.2, wo man sieht, dass vergleichsweise in den nordischen Ländern das Niveau des Sozialkapitals und der Sozialausgaben höher ist als in anderen Ländern. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass der Umfang der sozialen Sicherung eines Wohlfahrtsstaats das Niveau des Sozialkapitals erklären könnte (H2). In Hinblick auf eine vergleichsweise bescheidene Anzahl von Level-2-Einheiten und der Nicht-Berücksichtigung von Kontrollvariablen wäre ein solcher Schluss jedoch noch zu voreilig.

Für eine gründlichere Analyse wird sich nun den Mehrebenen-Regressionsmodellen zugewandt.

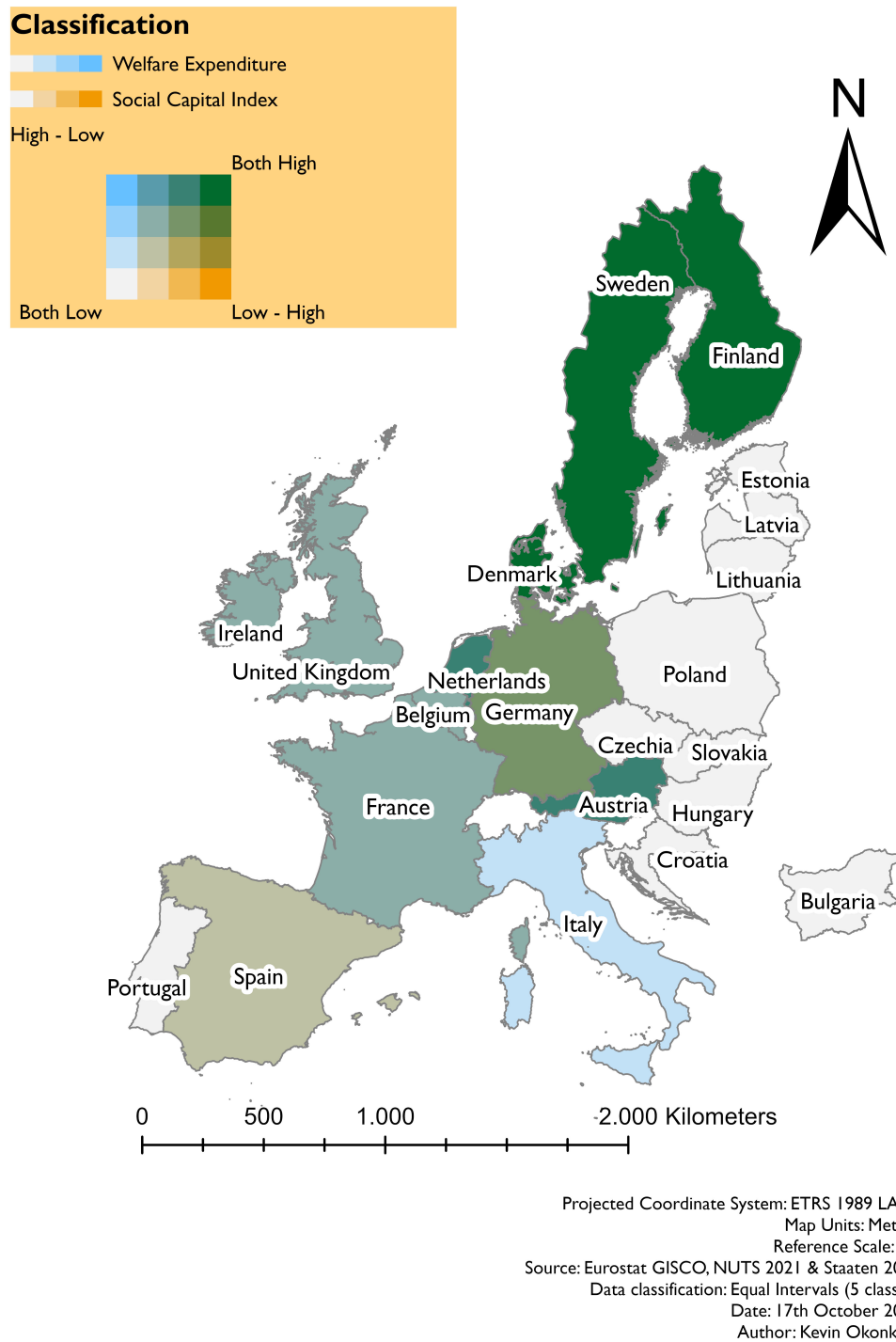


Abbildung 4.2: Länder klassifiziert nach Niveau des Sozialkapitals und Sozialausgaben

4.3 Regressionsergebnisse

Um die kontextabhängigen Auswirkungen des Sozialkapitals auf die politische Partizipation zu überprüfen, wurde ein mehrstufiges Modell mit der politischen Partizipation als abhängige Variable geschätzt. Dabei waren die wichtigsten unabhängigen Variablen das Niveau des Sozialkapitals auf der Mikroebene sowie die landesspezifischen Gesamtsozialausgaben und die Kategorisierung der Staaten nach der erweiterten Wohlfahrtsstaatstypologie nach Esping-Andersen auf der Makroebene. Währenddessen wurden als Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, Bildungsniveau, Familienstand, Haushaltsgröße, Wohnort und die Stärke der Religiosität einer Person auf der Level-1-Ebene sowie den länderspezifischen Anteil religiöser Bürger*innen und den Wohlstand eines Landes auf der Level-2-Ebene im Modell berücksichtigt.

Bei der Durchführung einer MEA wird in der Regel die Zentrierung der unabhängigen Variablen empfohlen, da dadurch die Interpretation des Interzepts und der Koeffizienten dort erleichtert wird, wo die UVs keinen sinnvollen Nullpunkt besitzen (bspw. Alter). Zentrieren kann auf unterschiedliche Arten vollzogen werden: Einmal die Zentrierung am Gruppenmittelwert („group-mean-centering“) und andererseits die Zentrierung am Gesamtmittelwert über alle Einheiten hinweg („grand-mean-centering“). Aufgrund einer lebhaften Debatte darüber, ob die Zentrierung am Gruppenmittelwert die Gefahr beinhalte unechte Variationen auf Level-2 zu erzeugen und den Modellfit eines zentrierten Modells unbegründet durch zusätzliche Informationen über die Struktur der Gruppen zu verbessern (vgl. Plewis 1989; Kreft et al. 1995; Hox 2010), wird sich in der vorliegenden Arbeit nur dem grand-mean-centering bedient.

Tabelle 4.1: Modellaufbau

AV: Politische Partizipation	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Sozialkapital	0.0525*** (10.68)	0.0451*** (9.52)	0.0530*** (10.54)	0.0530*** (10.59)	0.0457*** (9.50)	0.0465** (3.32)
Stärke an Religiösität		-0.00317** (-2.96)			-0.00306** (-2.86)	-0.00306*** (-2.86)
Geschlecht: Weiblich (Ref.: Männlich)		0.0396 (1.18)			0.0436 (1.30)	0.0436 (1.30)
Alter		-0.0027* (-2.59)			-0.0026* (-2.49)	-0.0026* (-2.50)
Haushaltsnettoeinkommen		0.0729*** (10.53)			0.0729*** (10.54)	0.0729*** (10.54)
Bildung		0.0611*** (12.04)			0.0609*** (11.99)	0.0608*** (11.99)
Familienstand		-0.0533*** (-3.82)			-0.537*** (-3.84)	-0.0537*** (-3.84)
Anzahl an Haushaltsmitgliedern		-0.0398* (-2.46)			-0.0390* (-2.41)	-0.0390* (-2.41)
Wohnort		-0.0751*** (-5.54)			-0.0757*** (-5.58)	-0.0757*** (-5.58)
Sozialausgaben			0.0000709*** (5.61)	-0.0000131 (-0.25)	-0.0000441 (-0.78)	-0.0000438 (-0.78)
Regimetyp (Ref.: Sozial-Demokratisch)						
Liberal				-0.697* (-2.14)	-0.866* (-2.36)	-0.858* (-2.53)
Konservativ-Korporatistisch				-0.691** (-3.38)	-0.706*** (-3.56)	-0.695* (-2.46)
Postkommunistisch				-1.295* (-2.09)	-1.351* (-2.24)	-1.335* (-2.02)
Latin-Rim				-1.123* (-2.56)	-1.152** (-2.73)	-0.131* (-2.01)
Anteil religiöser Bevölkerung					-0.000513 (-0.20)	-0.000510 (-0.20)
BIP pro Kopf					0.0043 (1.33)	0.0043 (1.32)
Regimetyp x Sozialkapital						-0.000226 (-0.06)
Constant	2.091*** (17.76)	2.191*** (14.75)	1.551*** (12.60)	3.099*** (4.08)	3.089*** (4.08)	1.503 (1.89)

Exponentiated coefficients; *t* statistics in parentheses* $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$

In Tabelle 4.1 werden sechs Modelle dargestellt, die stufenweise aufeinander aufbauen und bei der Modell 0, das Nullmodell, nur zur Berechnung des Intraklassenkorrelationskoeffizienten verwendet dient. Modell 1 befasst sich mit dem individuellen Verhältnis zwischen dem Niveau des Sozialkapitals und der politischen Partizipation unter Nicht-Berücksichtigung der Kontrollvariablen. Entsprechend der H1 zeigt Modell 1 einen positiven und statistisch höchst signifikanten Koeffizienten ($b = 0.052$) für das Niveau des Sozialkapitals. Somit lässt sich bestätigen, dass auf

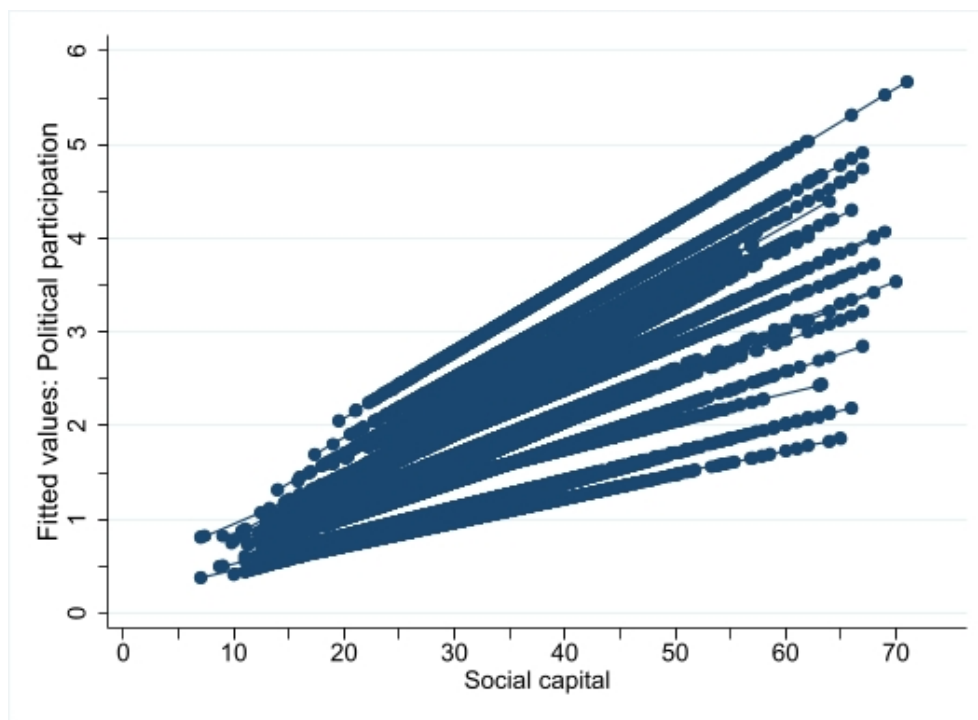


Abbildung 4.3: Random-Slope-Plot für die Variable Sozialkapital

Level-1-Ebene Bürger*innen mit einem höheren Niveau des Sozialkapitals sich auch politisch stärker beteiligen. Dieser Effekt behält auch unter Kontrolle aller Kontrollvariablen der Mikroebene in Modell 2 seine statistische Signifikanz und verkleinert sich nur minimal auf einen Koeffizienten von $b = 0.045$. Die voneinander abweichenden Steigungen eines jeden Landes können ebenfalls grafisch verglichen werden. So sieht man in Abbildung 4 das Auffächern (fanning-out) der Ländergeraden: Liegen die geschätzten Indexwerte der politischen Partizipation von Bürger*innen mit einem Wert von 20 auf dem Sozialkapital-Index ca. in einer Spanne von 0.5 bis 2.1 so prognostiziert das Modell für Bürger*innen mit einem Wert von 66 auf dem Sozialkapital-Index, einen Unterschied von fast 4 Indexpunkten zwischen dem politisch aktivsten Land und dem Land, in dem die Bevölkerung im Durchschnitt sich am wenigsten politisch beteiligt.

Im nächsten Schritt werden zur Untersuchung der H2, sukzessiv neben dem Sozialkapital nur die zentralen wohlfahrtsstaatlichen Merkmale der Länder eingeschlossen, um den direkten Effekt des Wohlfahrtsstaats zu beobachten. Einerseits lässt sich in Modell 3 wie erwartet ein positiver und signifikanter Effekt der Sozialausgaben erkennen, was bedeutet, dass mit steigenden Ausgaben auch von einer stärkeren politische Beteiligung der Bevölkerung auszugehen ist. Andererseits widerspricht die Tatsache, dass sich nach Hinzunahme der Variable die Effektstärke oder Signifikanz des Sozialkapitals nicht verändert hat, der ursprünglichen Vermutung, dass mit steigenden Sozialausgaben auch das Niveau des Sozialkapitals steigt. Sollte dies nämlich der Fall sein, müsste der Effekt des Sozialkapitals auf politische Partizipation durch diesen Zusammenhang verzerrt sein und die Kontrolle auf Sozialausgaben daher den Effekt des Sozialkapitals verringern. Auf Ba-

sis dieser Ergebnisse lässt sich somit zunächst die H2 nicht bestätigen, was bemerkenswert ist, da theoretisch angenommen wurde, dass eine universale und großzügige soziale Sicherung des Staates die Bürger*innen vom Erwerbsleben unabhängiger machen würde, sodass sie auch mehr Zeit und Kapazitäten in soziale Kontakte und Netzwerke investieren können. Für diesen spezifischen Effekt konnten jedoch keine Befunde in dieser Arbeit nachgewiesen werden. Dem Modell 4 wurde im Anschluss die Variable der Wohlfahrtsstaatsregimetypen hinzugefügt, wodurch erstaunlicherweise der Effekt der Sozialausgaben seine statistische Signifikanz verlor. Dies impliziert, dass eine mangelnde Kontrolle auf die Regimetypen zu einer Überschätzung des Zusammenhangs zwischen Sozialausgaben und politischer Partizipation führt. Auf Grundlage dieses Befundes dürften die Auswirkung des Wohlfahrtsstaats auf die politische Partizipation eher vom Regimetyp abhängen als von der Höhe der Ausgaben. Dieser Effekt bleibt auch unter Berücksichtigung der Gesamtheit aller Kontrollvariablen mit minimalen Abweichungen im fünften Modell erhalten. Dennoch lässt sich aufgrund der sehr minimalen Veränderung des Effekts des Sozialkapitals weiterhin nicht bestätigen, dass dieser Effekt durch wohlfahrtsstaatliche Merkmale konfundiert wird.

Der letzte Schritt der Analyse widmet sich der Hauptfrage, ob die wohlfahrtsstaatlichen Merkmale eines Landes moderierend auf den Effekt des Sozialkapitals auf die politische Partizipation wirken. Wie in der Theorie erläutert, gibt es Gründe für die Annahme, dass ein hohes wohlfahrtsstaatliches Anspruchsniveau die politische Partizipation eines Landes erhöht. Da sich in dieser Arbeit für die Modellierung von makrostrukturellen Faktoren der Mehrebenenanalyse bedient und sich damit auch gegen eine Split-Sample-OLS-Regression entschieden wurde, wird daher zur Behandlung des Interaktionseffektes auf sogenannte Cross-Level-Interaktionen zurückgegriffen. Da der Regimetyp als einzige wohlfahrtsstaatliche Variable einen signifikanten Effekt beobachten ließ, wird auch nur der in eine Interaktion mit dem Niveau des Sozialkapitals gesetzt. Die Abbildung 4.4 zeigt die in einem Marginsplot dargestellte Interaktion zwischen Wohlfahrtsstaatstyp und Sozialkapital und lässt erkennen, dass die Vorhersage der AV nach dem Wohlfahrtstaatstyp und dem Sozialkapital-Index nicht parallel verlaufen. Aus diesem Grund muss die Vermutung, dass die Stärke des Effekt des Sozialkapitals auf die politische Partizipation davon abhängt, um welchem Regimetyp es sich handelt, vorerst nicht verworfen werden. Da jedoch die im Modell explizit formulierte Cross-Level-Interaktion in Modell 6 unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen nicht signifikant ist und ein weiterer Blick in die Datenstruktur ebenso zeigt, dass die politische Partizipation und das Niveau des Sozialkapitals stärker innerhalb der Länder variieren als zwischen den einzelnen Ländern (Tabelle 4.2), lässt sich die Hypothese, dass sich der Einfluss des Sozialkapitals auf die politische Partizipation nach dem Regimetyp unterscheidet, nicht bestätigen.

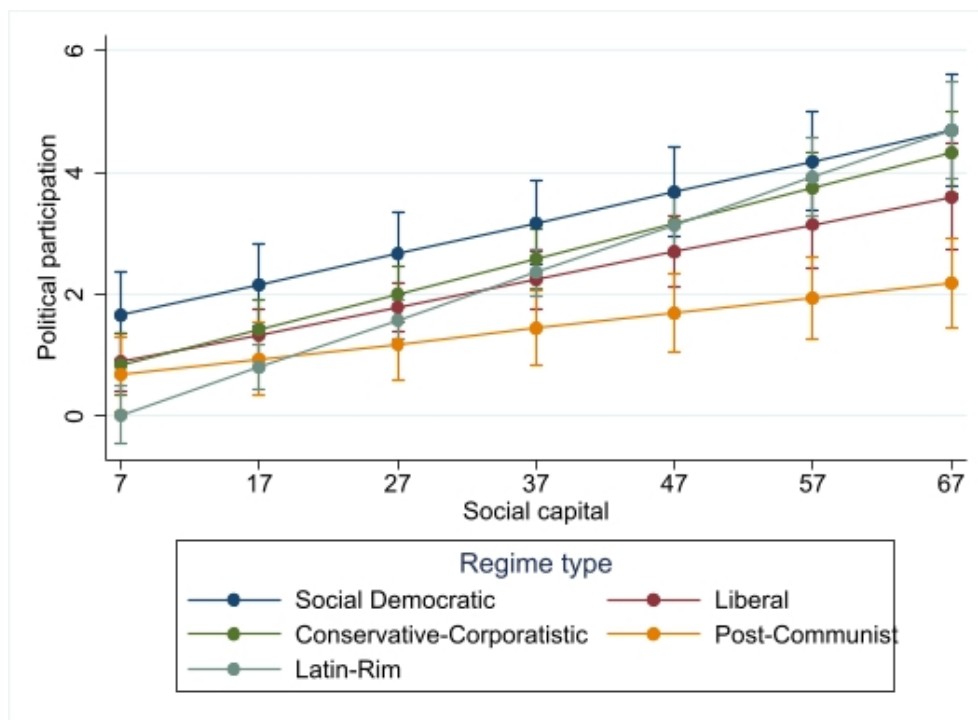


Abbildung 4.4: Cross-Level-Interaktion zwischen Sozialkapital und Regimetyp

Tabelle 4.2: Datenstruktur

		Mean	Std. Dev.	Min	Max	Observations
P. Partizipation	overall	2.167231	2.079744	0	11.5	N = 13873
	between		.7013305	.980198	3.529624	n = 22
	within		1.963242	-1.362393	12.14002	T-bar = 630.591
Sozialkapital	overall	35.57583	8.360842	7	71	N = 13873
	between		3.839485	28.52676	42.58315	n = 22
	within		7.551738	3.811981	72.61346	T-bar = 630.591
Sozialausgaben	overall	8421.468	4601.276	1403.57	16715.61	N = 13873
	between		4835.314	1403.57	16715.61	n = 22
	within		0	8485.502	8485.502	T-bar = 630.591
Regimetyp	overall	3.14676	1.204363	1	5	N = 13873
	between		1.249242	1	5	n = 22
	within		0	3.14676	3.14676	T-bar = 630.591

5 Diskussion und Ausblick

Eine Vielzahl empirischer Studien erregt viel Aufmerksamkeit auf die Erforschung des Sozialkapitals im Zusammenhang mit der politischen Beteiligung. Parallel wird eine lebhafte Debatte darüber geführt, welche Rolle dem Wohlfahrtsstaat bei der Erklärung dieses Verhältnisses beigemessen werden muss. So wird argumentiert, dass ein hohes wohlfahrtsstaatliches Anspruchsniveau eines Landes die Bildung von Sozialkapital erleichtert, teils durch die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, teils durch die Struktur seiner Institutionen selbst. Da Sozialkapital einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung und andere Formen politischer Teilhabe hat, könnte angenommen werden, dass der Wohlfahrtsstaatsregimetyp diesen Effekt konfundiert und moderiert. Diese in der vorliegenden Arbeit herausgearbeitete Annahme konnte jedoch nicht empirisch bestätigt werden. In der vorliegenden Arbeit wurde anhand von 13.873 in Privathaushalten lebenden Personen in 22 europäischen Ländern für 2018 und 2019 untersucht, inwiefern der Effekt von Sozialkapital auf politische Beteiligung durch wohlfahrtsstaatliche Merkmale erklärt wird. Die Ergebnisse konnten einerseits den bisherigen Forschungsstand bzgl. des Zusammenhangs zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation bekräftigen. Auch unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen ließ sich ein signifikanter und persistent positiver Effekt des Sozialkapitals auf die politische Partizipation nachweisen. Andererseits konnten keine empirischen Befunde geliefert werden, die zeigten, dass es einen direkten Einfluss der wohlfahrtsstaatlichen Merkmale auf diese Korrelation oder einen indirekten Einfluss des Wohlfahrtsstaates über das Sozialkapital auf die politische Beteiligung gab. In Anbetracht der modellierten Cross-Level-Interaction und der Datenstruktur, scheint die Effektstärke des Sozialkapitals unabhängig vom wohlfahrtsstaatlichem Anspruchsniveau des jeweiligen Landes zu sein.

Obgleich der in dieser Arbeit theoretisch abgeleitete Zusammenhang zwischen wohlfahrtsstaatlichen Anspruchsniveau, Sozialkapital und politischer Teilhabe nicht empirisch nachgewiesen werden konnte, lässt sich dennoch nicht ausschließen, dass wohlfahrtsstaatliche Merkmale einen positiven bzw. negativen Einfluss ausüben. Nicht zuletzt können Limitationen in der Messung des Wohlfahrtsstaates die Feststellung von signifikanten Befunden obstruiert haben. Während die Wohlfahrtsforschung sich bei der Messung und dem Vergleich von Wohlfahrtsstaaten insbesondere der Stratifikationsdimension nach Esping-Andersen und folglich als Indikator sich der Sozialausgaben eines Landes bedienen, werden andere zentrale theoretische Konzepte wie die der Familisierung und Defamilisierung kaum aufgegriffen und bisher wenig ausgearbeitet. Die Frage, in welchem Ausmaß die Familie als Ort der Wohlfahrtsproduktion verantwortlich gemacht wird, lässt umfassendere Beschreibungen von Wohlfahrtsstaaten zu, indem dadurch auch Abhängigkeiten zwischen Familienmitgliedern und Generationen angesprochen werden können. Insbesondere in Zeiten alternder Bevölkerung werden Konzepte der sozialen Sicherung basierend auf Prinzipien der intergenerationalen Solidarität immer wichtiger und müssen dementsprechend auch in der quantitativen Literatur zu Wohlfahrtsstaaten auftauchen. Die Art wie ein Renten-, Krankenversorgungs- und Bildungssysteme aufgebaut und finanziert ist impliziert stärkere oder

schwächere intergenerationale Transfers und deren unterschiedliche Gestaltung. Weiterhin müssen auch tiefer geführte Diskussionen zur Messung des Konzepts der Dekommodifizierung stattfinden. Inwiefern sorgen Wohlfahrtsstaaten, dass man überhaupt Zugänge zu Arbeit hat, bspw. durch Leistungen, die Familien mit Fürsorgearbeit entlasten? Es besteht also durchaus Bedarf, entsprechende international vergleichend angelegte Indizes zu den genannten Aspekten zu entwickeln, da Konzepte von (De-)Familisierung, Individualisierung und intergenerationaler Solidarität zwar in der Literatur betont werden, jedoch deren quantitative Ausarbeitung bisweilen noch zu wünschen übriglässt.

Die vorliegende Arbeit sollte somit zeigen, dass vor allem eine erweiterte Untersuchung des Effektes des Wohlfahrtsstaats auf den Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Beteiligung von Interesse wäre. Hierbei wäre ein größerer Datensatz mit einem erhöhten Fokus auf Indizes zu den genannten Konzepten von Bedeutung, um eine umfassendere Operationalisierung verschiedener Wohlfahrtsstaaten gewährleisten zu können. Die Verwendung alternativer Forschungsdesigns sollten zur Herausstellung eines kausalen Effekts aufgegriffen werden. So könnte weiterführende Forschung mit Hilfe von quasiexperimentellen und longitudinalen Forschungsdesigns Kausalitäten in der Beziehung aufzeigen. Denkbar wäre hier etwa eine Regressions-Diskontinuitäts-Analyse.

Tabellenverzeichnis

4.1	Modellaufbau	18
4.2	Datenstruktur	21
A.1	Standardisierte Skala der politischen Partizipation	28
A.2	Finales Faktorenmodell	29
A.3	Operationalisierungstabelle	31

Abbildungsverzeichnis

2.1	Das Kausalmodell	9
4.1	Korrelation zwischen politischer Partizipation und Sozialkapital auf Länderebene	15
4.2	Länder klassifiziert nach Niveau des Sozialkapitals und Sozialausgaben	16
4.3	Random-Slope-Plot für die Variable Sozialkapital	19
4.4	Cross-Level-Interaktion zwischen Sozialkapital und Regimetyp	21
A.1	Koeffizientenplot des Regressionsmodells	30

Literaturverzeichnis

- (1991): Grundlagen der Sozialtheorie. 1, Handlungen und Handlungssysteme / James S. Coleman
- Aidukaite, Jolanta (2004): The emergence of the post-socialist welfare state : the case of the baltic states: Estonia, latvia and lithuania / jolanta aidukaite
- Armingeon, Klaus/Schädel, Lisa (2015): Social inequality in political participation: The dark sides of individualisation. West European politics 38(1.):1–27
- Arts, WA/Gelissen, JPTM (2002): Three worlds of welfare capitalism or more? a state-of-the-art report. Journal of European social policy 12(2.):137–158
- Arts, WA/van Oorschot, WJH (2005): The social capital of european welfare states: the crowding out hypothesis revisited. Journal of European social policy 15(1.):5–26
- Back, Maria/Kestila-Kekkonen, Elina (2013): Social capital and political participation in finland. Politiikka 55(3.):57–72
- Bickel, Robert (2007): Multilevel analysis for applied research : it's just regression! / Robert Bickel. Methodology in the social sciences, New York ; London
- Carreras, Miguel/Bowler, Shaun (2018): Community size, social capital, and political participation in latin america. Political behavior 41(3.):723–745
- Dalton, Russell J (2017): The participation gap : social status and political inequality / Russell J. Dalton, first edition. Aufl. Oxford
- Deacon, Bob (2002): Developments in east european social policy. In: New perspectives on the welfare state in Europe, Routledge, S. 171–191
- Debelak, Rudolf/Tran, Ulrich S (2013): Principal component analysis of smoothed tetrachoric correlation matrices as a measure of dimensionality. Educational and psychological measurement 73(1.):63–77
- Van der Eijk, Cees/et al. (2000): Why some people vote and others do not. Citizen participation in European politics
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism Gøsta Esping-Andersen, 1. Aufl. Cambridge Polity Pr.
- Fenger, Menno (2007): Welfare regimes in central and eastern europe: Incorporating post-communist countries in a welfare regime typology. Contemporary issues and ideas in social sciences S. 1–30
- Ferrera, Maurizio (1996): The 'southern model' of welfare in social europe. Journal of European social policy 6(1.):17–37

- Hook, Jennifer L (2015): Incorporating ‘class’ into work–family arrangements: Insights from and for three worlds. *Journal of European social policy* 25(1.):14–31
- Hox, J J (2010): Multilevel analysis techniques and applications / Joop J. Hox, 2. Aufl. Quantitative methodology series, New York: Routledge
- Kaeding, Michael/Haußner, Stefan/Pieper, Morten (2016): Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen: Ursachen und Konsequenzen Sinkender Wahlbeteiligung, 1. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH
- Kreft, Ita G G/de Leeuw, Jan/Aiken, Leona S (1995): The effect of different forms of centering in hierarchical linear models. *Multivariate behavioral research* 30 1:1–21
- Kühn, Mario (2016): Europäische wohlfahrtsstaaten - eingebettet zwischen staat, markt und familie
- Kuitto, Kati (2016): Measuring welfare entitlement generosity in transitional welfare states: The case of post-communist countries in central and eastern europe. *Social indicators research* 136(1.):203–224
- Leibfried, Stephan (2002): Towards a european welfare state. In: *New Perspectives on the Welfare State in Europe*, London
- Lütters, Stefanie (2022): Soziale Netzwerke und politische Partizipation. Wiesbaden: Springer Nature
- Manow, Philip (2019): Wohlfahrtsstaatsregime. In: *Handbuch Sozialpolitik*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 297–313
- Merton, Robert King (1968): *Social theory and social structure* / Robert K. Merton, enl. ed. Aufl. New York
- Milbrath, Lester W/Goel, Madan Lal (1977): *Political participation: How and why do people get involved in politics?* Rand McNally College Publishing Company
- Morales, Laura/Giugni, Marco (2001): Social capital, political participation and migration in europe: Making multicultural democracy work?
- Pichler, Florian/Wallace, Claire (2007): Patterns of formal and informal social capital in europe. *European sociological review* 23(4.):423–435
- Plewis, Ian (1989): Comment on “centering” predictors in multilevel analysis. *Multilevel modelling newsletter* 1(3.):6
- Reichmann, Emilie (2019): Soziale ungleichheit und wahlbeteiligung. gefahr für die demokratie? In: *Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung*, Studien der Bonner Akademie

- für Forschung und Lehre praktischer Politik, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 53–58
- Sarker, Md Masud/Islam, Md Shahidul (2017): Social capital and political participation: A case study from rural bangladesh. *European Review of Applied Sociology* 10(15.):54–64
- Scheepers, Peer/Grotenhuis, Manfred Te/Gelissen, John (2002): Welfare states and dimensions of social capital: Cross-national comparisons of social contacts in european countries. *European societies* 4(2.):185–207
- Schmidt, Robert (2016): Soziale ungleichheit, politische partizipation und die zukunft der demokratie: Reflexionen zum adb-jahresthema 2016. *Außerschulische Bildung* (1.):53–58
- Schäfer, Armin/Schwander, Hanna/Manow, Philip (2016): Die sozial „auffälligen“ nichtwähler: Determinanten der wahlenthaltung bei der bundestagswahl 2013. In: *Wahlen und Wähler*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 21–44
- Shahin, Mahdi (2016): The relationship between social capital and political participation. *Mediterranean journal of social sciences*
- Snijders, Tom A B/Bosker, Roel J (2012): Multilevel analysis : an introduction to basic and advanced multilevel modeling / Tom A.B. Snijders ; Roel J. Bosker, 2. Aufl. Los Angeles ; London ; New Delhi ; Singapore ; Washington DC
- Torpe, Lars (2003): Social capital in denmark: A deviant case? *Scandinavian political studies* 26(1.):27–48
- Verba, Sidney (1972): Participation in America : political democracy and social equality / Sidney Verba ; Norman H. Nie. New York [u.a.]
- Wenzelburger, Georg/Jackle, Sebastian/Konig, Pascal (2014): Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler: Eine anwendungsbezogene Einführung mit Stata. *Politikwissenschaft kompakt*, De Gruyter
- Wilhelmsson, Niklas (2015): Social capital as a resource for political participation: Finland in a nordic comparative perspective. In: *The Challenge of Minority Integration Politics and Policies in the Nordic Nations*, Warsaw, Poland: De Gruyter Open, S. 176–201
- Zakikhany, Corinna (2014): Ethnische netzwerke, soziale integration und soziale ungleichheit : Bedingungen und auswirkungen der einbindung von migranten in ethnische netzwerke ; eine netzwerkanalyse / corinna zakikhany

A Anhang

A.1 Indexbildung zur politischen Partizipation

Ein Gütekriterium, welches für die Auswahl von Indikatoren für eine Indexbildung herangezogen werden kann, ist Cronbach's α . Es misst die Reliabilität von mehreren Indikatoren, also, ob einzelne Indikatoren etwas gemeinsames messen, anhand der durchschnittlichen Korrelation zwischen allen Indikatoren. Für Cronbach's α werden standardisierte Indikatoren benötigt. Am Ende erhält man einen Wertebereich zwischen 0 und 1. 0 würde bedeuten, dass die Variablen eigentlich so gut wie kaum was gemeinsam haben und dementsprechend nicht gut für eine Indexbildung geeignet sind, während 1 bedeuten würde, dass die Variablen sehr nahe beieinander liegen und eigentlich so gut wie genau das gleiche messen. Meistens orientieren wir uns bei einem Wert von 0.8, auch mit einem alpha-Wert der gesamten Skala von 0.7 sich die Indikatoren als geeignet für eine Indexbildung bewerten lassen (Tabelle A.1). Der Befehl alpha kann außerdem zur Erstellung von Indizes benutzt werden. Dieser Cronbach's α basierende Index korreliert positiv mit dem eigen erstellten Index, d.h. höhere Werte im erstellten Index gehen einher mit höheren Werten im auf Cronbach's α basierenden Index. Obwohl für beide Indizes die gleichen Variablen verwendet wurden, ist die Korrelation nicht 1, da im erstellten Index die institutionalisierten politischen Partizipationsformen höher gewichtet wurden, während bei Cronbach's α alle Variablen gleich gewichtet werden.

Da die Indexbildung aufgrund der Auswahl und Gewichtung der Indikatoren, welche von den Forschenden selbst abhängt, sehr subjektiv ist, wird meist zur Operationalisierung latenter Merkmale die Faktorenanalyse (FA) herangezogen. Weil jedoch in unserem Falle die Itembatterien in ihren Antwortmöglichkeiten dichotom sind, was wiederum den Grundannahmen der FA (bzgl. intervallskalierten Items) widerspricht, müssten polychorische Korrelationen zwischen jedem Itempaar berechnet werden und die resultierende Korrelationsmatrix in die explorative Faktorenanalyse überführt werden (vgl. Debelak/Tran 2013). Aufgrund der eingeschränkten zeitlichen Ressourcen wurde diese Methode für die empirische Analyse verworfen und sich weiterhin der Indexbildung zugewandt.

Tabelle A.1: Standardisierte Skala der politischen Partizipation

Item	Obs.	Vorzeichen	Item-Test Korrelation	Item-Rest Korrelation	Average Interitem Korrelation	Alpha
Wahlbeteiligung bei letzten Wahlen	36493	+	0.3628	0.1651	0.2298	0.7047
Kontakt zu Politikern	36493	+	0.5428	0.3715	0.1987	0.6649
Beteiligung in politischer Partei	36493	+	0.5187	0.3427	0.2029	0.6706
Beteiligung in politischer Organisation	36493	+	0.5764	0.4121	0.1929	0.6566
Tragen von Kampagnenaufkleber	36493	+	0.5757	0.4113	0.1930	0.6568
Teilnahme von Petitionen	36493	+	0.6209	0.4670	0.1852	0.6452
Beteiligung an Demos	36493	+	0.5322	0.3588	0.2005	0.6674
Boycott von Produkten	36493	+	0.5484	0.3782	0.1977	0.6635
Teilen politischer Inhalte online	36493	+	0.5570	0.3885	0.1963	0.6614
Test Skala					0.1997	0.6919

A.2 Faktorenanalyse zum Sozialkapital

Zur empirischen Erfassung des Sozialkapitals wird in der vorliegenden Arbeit als Analyseverfahren die Indexbildung gewählt. Indikatoren, welche im ESS-9 Fragebogen erhoben wurden und das theoretische Konzept und deren drei Hauptdimensionen operationalisieren könnten, sind die Fragen A4-A6, C2-C4 und einzelne weitere Items des Fragebogenbereichs H. Um empirisch sicherzustellen, ob die verschiedenen Items die jeweiligen theoretischen Konstrukte tatsächlich messen, wurde zur Vermeidung von Fehlinterpretationen sowie inkorrekten oder irreführenden Schlussfolgerungen auf die explorative Faktorenanalyse zurückgegriffen. Im Gegensatz zur konfirmatorischen Faktorenanalyse werden hier die Anzahl der Faktoren und Ladungen nicht theoretisch her-, sondern aus den Daten abgeleitet. Dadurch wird ersichtlicher (1) wieviele Faktoren – und damit auch wieviele Dimensionen – dem Sozialkapital tatsächlich zu Grunde liegen und (2) welche Indikatoren durch Berücksichtigung von Messfehlern am wichtigsten sind.

Nach zahlreichen Anpassungen und dem Ausschluss von Indikatoren aufgrund zu hoher Uniqueness und Kreuzladungen, ließ sich schließlich eine vereinfachte Faktorstruktur aus der Analyse entnehmen (Tabelle A.2). Die darin enthaltenen drei Faktoren spiegeln wie erhofft die drei Dimensionen des Sozialkapitals wieder und erklären insgesamt wie gewünscht knapp 50% der Gesamtvarianz. Zudem lässt sich anhand des Vergleichs zwischen den modellimplizierten und den empirischen Korrelationen erkennen, dass nur sehr geringe Abweichungen vorhanden sind, was zufriedenstellend ist und für die Zusammenführung der im Faktormodell enthaltenen Indikatoren in einem Index spricht.

Tabelle A.2: Finales Faktorenmodell

	F ₁	F ₂	F ₃	h _j ²
Menschen kann man trauen	0.75			0.81
Menschen versuchen, fair zu sein	0.78			0.85
Menschen versuchen, hilfreich zu sein	0.69			0.73
Häufigkeit von privaten Treffen mit Freunden etc.			0.62	0.65
Häufigkeit von Teilnahmen an sozialen Aktivitäten			0.60	0.59
Wichtig, andere Menschen zu verstehen		0.58		0.56
Wichtig, Menschen zu helfen und sich um das Wohlergehen anderer zu kümmern		0.73		0.78
Wichtig, Freunden gegenüber loyal zu sein und sich Menschen zu widmen, die einem nahe stehen.		0.66		0.70
Summe aller b _j ²	1.77	1.43	0.99	3.75
Anteil an gemeinsamer Varianz	0.47	0.38	0.26	1.00
Anteil an Gesamtvarianz	0.22	0.18	0.22	0.47

Anmerkung: Principal Factor Analysis, oblique direct quartimin Rotation, Kaiser-Normalisierung,
 $r_{F_1F_2} = 0.18$, $r_{F_1F_3} = 0.27$, $r_{F_2F_3} = 0.27$,
 Faktorladungen < 0.2 sind ausgeblendet.

A.3 Modellgüte und Koeffizientenplot

In einer normalen OLS-Regression bemisst sich die Güte des Modells daran, wie viel Prozent der Varianz der abhängigen Variable durch das Modell erklärt wird. Bei einer Mehrebenenanalyse gibt es verschiedene Testverfahren, mit deren Hilfe sich die Güte des gefundenen Modells überprüfen lässt. Devianz-, AIC und BIC-Tests eignen sich bswp. um im direkten Vergleich mit anderen Modellen die am besten passende Modellsozifikation zu ermitteln. Für ein absolutes Maß für die Erklärungskraft eines Mehrebenenmodells schlagen Snijders und Bosker zwei getrennt zu berechnende R^2 vor, ein R^2_{mikro} und ein R^2_{makro} . Das erste gibt an, um wie viel Prozent sich die Varianz zwischen den Level-1-Beobachtungen reduzieren lässt, während das R^2 auf der Makroebenen dies für die Level-2-Gruppen angibt (vgl. Snijders/Bosker 2012: 111). Da in der vorliegenden Arbeit der Fokus auf den wohlfahrtsstaatlichen Charakteristika der einzelnen Länder liegt und somit ein makro-vergleichender Ansatz herangezogen wurde, erscheint besonders das R^2_{makro} als relevant für das Modell.

Zur Berechnung greift man hierbei auf die Varianzen der Residuen zurück, die zwischen sowie innerhalb der Level-2-Gruppen vorliegen und vergleicht dabei das finale Modell mit dem Nullmodell:

$$R^2_{mikro} = 1 - \frac{(var(Residual)_{M1} + var(_cons)_{M1})}{(var(Residual)_{M0} + var(_cons)_{M0})}$$

$$R^2_{makro} = 1 - \frac{var(_cons)_{M1}}{var(_cons)_{M0}}$$

Setzt man die benötigten Werte in die Formeln ein, ergibt sich ein R^2_{mikro} von 0.1577 und ein R^2_{makro} von 0.8898. Während die Erklärungskraft des finalen Modells auf der Level-1-Ebene nicht allzu hoch ist, erklärt die Mehrebenenregression 88.98% der Varianzen zwischen den Ländermittelwerten.

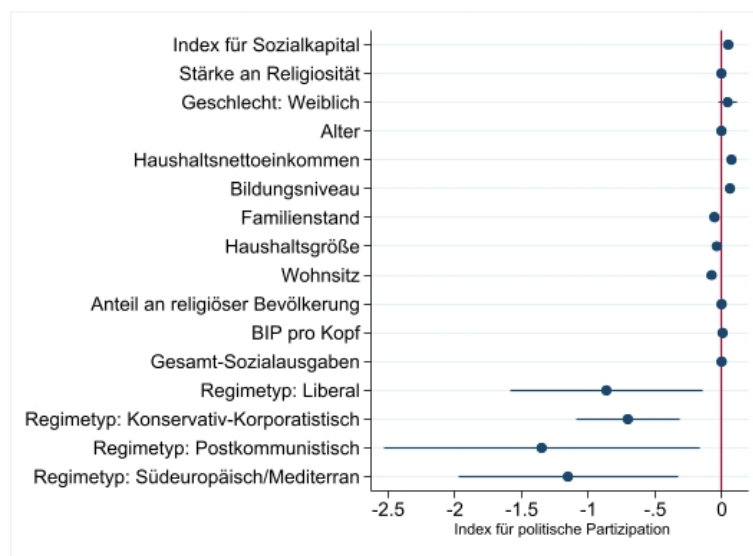


Abbildung A.1: Koeffizientenplot des Regressionsmodells

Tabelle A.3: Operationalisierungstabelle

Art der Variable	Theoretisches Konzept	Dimension	Indikator	Variable im Modell	Ausprägung	
Abhängige Variable	Politische Partizipation	Formen politischer Partizipation	Additiv gewichteter Index für Inanspruchnahme politischer Partizipationsmöglichkeiten	index_politparti	Kontinuierlich: Ratioskala	
Unabhängige Variablen	Sozialkapital	Soziale Netzwerke	Additiv gewichteter Index für individuelles Niveau des Sozialkapitals	index_capital	Kontinuierlich: Ratioskala	
		Soziales Vertrauen				
		Soziale Normen				
	Wohlfahrtsstaatliches Anspruchsniveau	Wohlfahrtsstaatsregimetyp	Klassifikation der Untersuchungsländer nach erweiterter Esping-Andersen Typologie	welfare_type	Dichotom: 1 – Social Democratic 2 – Liberal 3 – Conservative-Corporatistic 4 – Post-Communist 5 – Latin-rim	
Generosität des Sozialstaats		Durchschnittliche Gesamtausgaben für den Sozialschutz in Euro pro Einwohner	welfare_exp	Kontinuierlich: Ratioskala		
Kontrollvariablen	Soziodemographische Merkmale	Geschlecht	Angabe zur Geschlechtszugehörigkeit	sex	Dichotom: 1 – Male 2 – Female	
		Alter	Altersangabe zum Befragungszeitpunkt in Jahren	age	Kontinuierlich: Ratioskala	
		Haushaltsnettoeinkommen	Angabe des Gesamtnettoeinkommen des Haushalts anhand von Dezilen	hinc	Polytom: 1 – J - 1st decile 2 – R - 2nd decile 3 – C - 3rd decile 4 – M - 4th decile 5 – F - 5th decile 6 – S - 6th decile 7 – K - 7th decile 8 – P - 8th decile 9 – D - 9th decile 10 – H - 10th decile	
		Bildung	Klassifikation des höchsten Bildungsgrades nach ISCED	edulvl	Polytom: 1 – ES-ISCED I, less than lower secondary 2 – ES-ISCED II, lower secondary 3 – ES-ISCED IIb, lower tier upper secondary 4 – ES-ISCED IIIa, upper tier upper secondary 5 – ES-ISCED IV, advanced vocational, sub-degree 6 – ES-ISCED V1, lower tertiary education, BA level 7 – ES-ISCED V2, higher tertiary education, >= MA level 55 – Other	
		Familienstand	Angabe des gesetzlichen Familienstands	marital	Polytom: 1 – Legally married 2 – In a legally registered civil union 3 – Legally separated 4 – Legally divorced/Civil union dissolved 5 – Widowed/Civil partner died 6 – None of these (NEVER married or in legally registered civil union)	
		Haushaltsgröße	Anzahl der regelmäßig in einem Haushalt lebenden Personen	hsize	Kontinuierlich: Ratioskala	
		Wohnsitz	Gebiet in dem Befragte wohnen	domicile	Polytom: 1 – A big city 2 – Suburbs or outskirts of big city 3 – Town or small city 4 – Country village 5 – Farm or home in countryside	
		Nationalstaatliche Merkmale	Religiosität der Bevölkerung	Prozentsatz der Befragten, die angeben, religiös zu sein	religion_comp	Kontinuierlich: Ratioskala
			Wohlstand des Landes	Durchschnittliches Pro-Kopf-BIP in KKS	wealth	Kontinuierlich: Ratioskala

HU-Box

Weitere Informationen zur Datenaufbereitung, Variablenvorbereitung und zur empirischen Analyse in Stata finden sich [hier](#).

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät

Name: Okonkwo Vorname: Kevin

Matrikelnummer: 617877

Eigenständigkeitserklärung zur

- ☒ Hausarbeit ☐ Magisterarbeit
☐ Bachelorarbeit ☐ Masterarbeit

Ich erkläre ausdrücklich, dass es sich bei der von mir eingereichten schriftlichen Arbeit mit dem Titel

Welchen Einfluss hat der Wohlfahrtsstaat auf die Beziehung zwischen Sozialkapital und politischer Teilhabe?
.....

Eine Untersuchung anhand des European Social Surveys Round 9
.....

um eine von mir erstmalig, selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasste Arbeit handelt.

Ich erkläre ausdrücklich, dass ich *sämtliche* in der oben genannten Arbeit verwendeten fremden Quellen, auch aus dem Internet (einschließlich Tabellen, Grafiken u. Ä.) als solche kenntlich gemacht habe. Insbesondere bestätige ich, dass ich ausnahmslos sowohl bei wörtlich übernommenen Aussagen bzw. unverändert übernommenen Tabellen, Grafiken u. Ä. (Zitaten) als auch bei in eigenen Worten wiedergegebenen Aussagen bzw. von mir abgewandelten Tabellen, Grafiken u. Ä. anderer Autorinnen und Autoren (Paraphrasen) die Quelle angegeben habe.

Mir ist bewusst, dass Verstöße gegen die Grundsätze der Selbstständigkeit als Täuschung betrachtet und entsprechend der fachspezifischen Prüfungsordnung und/oder der Allgemeinen Satzung für Studien- und Prüfungsangelegenheiten der HU (ASSP) bzw. der Fächerübergreifenden Satzung zur Regelung von Zulassung, Studium und Prüfung der Humboldt-Universität (ZSP-HU) geahndet werden.

Datum 05.01.2023

Kevin Okonkwo
Unterschrift

Einverständniserklärung (gilt nur für Abschlussarbeiten)

Ich bin damit einverstanden, dass bei Empfehlung durch den Betreuer/die Betreuerin meiner Abschlussarbeit diese in die entsprechende Zweigbibliothek der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der HU aufgenommen wird und als Publikation der Bibliothek zur Verfügung gestellt wird.

- ☐ ich bin einverstanden ☐ ich bin nicht einverstanden

Berlin,

(Unterschrift)